



LAND BRANDENBURG

Landesamt  
für Soziales und Versorgung

Landesamt für Soziales und Versorgung | Postfach 10 01 23 | 03001 Cottbus

An die Damen und Herren Landräte und  
Oberbürgermeister/innen des Landes Brandenburg

zur Weitergabe an:  
den örtlichen Träger der Sozialhilfe  
des Landkreises/der kreisfreien Stadt

per e-mail versandt

Lipezker Straße 45, Haus 5  
03048 Cottbus

Bearb.:  
Gesch.-Z.:  
Hausruf: (0355) 2893-0  
Fax: (0331) 27548-4531  
Internet: [www.lasv.brandenburg.de](http://www.lasv.brandenburg.de)  
Straßenbahnlinie 2, 4  
(Haltestelle Schwarzheider Str.)  
Buslinie 13  
(Haltestelle Lipezker Str./Schwarzheider Str.)  
Buslinie 16  
(Haltestelle Hochschule Lausitz)

Verteiler: gemäß Anlage

nachrichtlich:

Amtsleiterinnen/Amtsleiter Soziales im Land Brandenburg

Städte- und Gemeindebund Brandenburg  
Frau Gordes  
Stephensonstraße 4  
14482 Potsdam

Landkreistag Brandenburg  
Frau Schlüter  
Jägerstraße 25  
14482 Potsdam

Serviceeinheit Landkreis Spree-Neiße, Herr Müller

MASF, Ref. 25, Herr Becke

Cottbus, den


## Rundschreiben Nr. 03/2012

des Fachdienstes des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach § 5 Abs. 1  
Nummer 3, Abs. 2 AG-SGB XII

Thema: Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung  
(GKV-Versorgungsstrukturgesetz – GKV-VStG)

Ansprechpartner:

Frau Pehla

 03 55 – 2893 - 336



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstrukturgesetz-GKV-VStG) wurde im Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2011, Teil I Nr. 70, S. 2983 ff., veröffentlicht und trat am 01.01.2012 in Kraft.

Die in der beiliegenden Stellungnahme der BAGüS vom 20.07.2011 kritisierte vorgesehene Änderung des § 11 SGB V, wonach die Krankenkassen in ihrer Satzung zusätzliche Leistungen im Bereich der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation, bei Heil- und Hilfsmitteln und im Bereich der häuslichen Krankenpflege vorsehen können, ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Auf Art. 1 Nr. 2b des o. a. Gesetzes wird hingewiesen.

Ebenfalls blieb die vorgesehene Neuregelung des § 40 Abs. 5 SGB XI, der die Abgrenzung zwischen Hilfsmitteln der gesetzlichen Krankenversicherung und Hilfsmitteln der Pflegeversicherung berührt, unverändert. Auf Art. 4 des o. a. Gesetzes wird verwiesen.

Zu Ihrer Kenntnis habe ich das Gesetz als auch ein Informationsblatt des BMG als Anlagen beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Reidow

**Anlagen**